

Flüchtlingspolitische Zäsur

Oberhavel (MZV) So viel Einigkeit in Asylangelegenheiten gab es selten im Kreistag. Bei nur zwei Nein-Stimmen der NPD und einer Enthaltung des CDU-Abgeordneten Michael Ney beschloss das Parlament am Mittwochabend die "Richtlinie zur Förderung der sozialen Beratung und Betreuung von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz". Künftig wird der Landkreis kommunale Integrationsangebote mit bis zu 50 Euro pro Jahr und Asylbewerber finanziell fördern.

Die Initiative dafür war von der Kreisverwaltung selbst ausgegangen, was parteiübergreifend auf deutliches Wohlwollen stieß. Der FDP-Abgeordnete Christian Erhard-Maciejewski sprach von einer "Zäsur in der Flüchtlingspolitik" des Landkreises. Elke Bär von den Linken bezeichnete die Initiative als "überfällig", verband mit ihr aber die Hoffnung, dass der Landkreis künftig neue Akzente in der Flüchtlingspolitik setzt. Sie begrüßte vor allem, dass Landrat Ludger Weskamp (SPD) dem Thema Integration mehr Aufmerksamkeit schenke.

Tatsächlich ist die Beschlussvorlage des neuen Landrates ein Novum. Weskamps Vorgänger und heutige Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) hatte bei der Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes bis zum Schluss dessen ursprüngliche Intention betont. Die bestand 1993 vor allem darin, Bleibeanreize für Flüchtlinge möglichst zu vermeiden. Deshalb gab es Gutscheine statt Bargeld, keine Arbeitserlaubnis, eine strenge Residenzpflicht, keine Deutschkurse oder sonstige Integrationsangebote. Viele Kommunen und Bundesländer haben im Laufe der Jahre das Gesetz weniger streng ausgelegt, Lockerungen vor allem beim Vorrang des Sachleistungsprinzips oder bei der Residenzpflicht durchgesetzt. Nur Schröter, der den Asylkompromiss vor 22 Jahren als Bundestagsabgeordneter selbst mit ausgehandelt hatte, blieb hart. Zwar engagierte er sich für eine ordentliche Unterbringung der Asylbewerber. Die Integration der Neuankömmlinge förderte Schröters Administration indes kaum. Das Verhältnis zwischen Schröter und den im Kreis aktiven Flüchtlingsinitiativen war von Antipathie und Misstrauen geprägt. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht zwar immer noch keine Integrationsleistungen vor, was Benjamin Grimm (SPD) im Kreistag bedauerte. Zumindest in Oberhavel schließe der Kreis nun aber gemeinsam mit den Kommunen die Lücke. Grimm: "Wenn wir nach Syrien und in andere Krisenregion blicken, müssen wir erkennen, dass viele Flüchtlinge auf Dauer bleiben." Deshalb will es nun auch der Kreis den Asylbewerbern "ermöglichen, die hiesigen, ihnen fremden Lebens- und Kulturbereiche kennenzulernen und sich für die Dauer ihres Aufenthaltes zurechtzufinden und an ihnen teilzuhaben".

Ausgehen müssen die Projekte von den Kommunen. Oranienburgs Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke (SPD) zeigte sich am Donnerstag begeistert: "Die Initiative des Kreises ist großartig. Wir werden entsprechende Projekte anbieten."

Oranienburger Generalanzeiger, 17. Juli 2015